

DAX springt nach behutsamen EZB-Entscheid in die Höhe – Umsätze im US-Einzelhandel legen stark zu – Comcast fährt Disney in die Parade

Autor: GodmodeTrader-Team, Redaktion | 14.06.2018 22:30 | Copyright BörseGo AG 2000-2019

Immer bestens informiert: Mit dem News-Flash auf Godmode-Trader.de haben Sie die wichtigsten Ereignisse des Tages auf einen Blick!

- EZB: Ende der Anleihekäufe in Sicht
- EZB erhöht Inflations- und senkt Wachstumsprognosen
- Fed hebt Leitzins an und signalisiert schnellere Zinsstraffung
- Schwache Konjunkturdaten aus China
- Inflation in Deutschland zieht kräftig an
- Ford beendet Joint Venture mit Daimler
- VW: Bußgeld von 1 Mrd. Euro in der Diesel-Affäre
- Gerry Weber kappt Jahresziele

DAX & US-Märkte

- Der deutsche Aktienmarkt ist nach dem EZB-Zinsentscheid in Feierlaune. Zwar wird die EZB ihre milliarden schweren Anleihekäufe voraussichtlich zum Jahresende beenden und bereits ab Oktober reduzieren, doch die Nullzinsen in der Eurozone sollen bis mindestens Sommer 2019 beibehalten werden. Außerdem zeigte sich EZB-Präsident Draghi bereit, die Anleihekäufe falls notwendig auch wieder auszuweiten. Der Euro verbilligte sich um mehr als zwei US-Cent und stand zuletzt nicht bei 1,1636 Dollar. Angetrieben von der EZB und dem schwachen Euro ging der DAX mit einem Plus von 1,68 Prozent bei 13.107,10 Punkten aus dem Handel.
- Während der Dow Jones am Donnerstag knapp im Minus schließt, kann der Nasdaq 100 um rund ein Prozent zulegen. Im Mittelpunkt stand heute der Zinsentscheid der europäischen Notenbank, der von den Märkten als tendenziell dovish interpretiert wurde, und den Dollar explosiv nach oben trieb. Comcast (+4,6 %), Disney (+2,3 %) und 21st Century Fox (+2,1 %) profitierten einmal mehr vom sich immer schneller drehenden Übernahmekarussell in der Medienbranche, während Twitter heute weitere sechs Prozent hinzugewann und sich seit seiner Aufnahme in den S&P 500 nun rund 17 % im Plus befindet. Morgen wird US-Präsident Trump Nägel mit Köpfen machen und eine (wahrscheinlich merklich reduzierte) Liste mit chinesischen Produkten vorstellen, die mit Strafzöllen belegt werden sollen. Die heute veröffentlichten Wirtschaftsdaten waren stark und deuten auf ein sich beschleunigendes Wachstum im zweiten Quartal hin. Goldman Sachs rechnet jetzt mit 3,9 %, der GDP-Tracker der Atlanta Fed veranschlagt sogar 4,8 %.

Ausgewählte Chartanalysen

- [DAX Tagesausblick: Heute ist "EZB Tag"! Morgen ist "Hexentag"!](#)
- [EUR/USD-Tagesausblick: Nach Powell kommt Draghi](#)
- [PLATIN-Tagesausblick: Der Countdown läuft](#)

Unternehmensnachrichten

- **Apple** will seine Geräte besser gegen Angriffe von Hackern sowie gegen das Abgreifen persönlicher Daten zu schützen. Der Konzern entwickelte eine Funktion, bei der sich der "Lightning"-Anschluss des Geräts eine Stunde nach der letzten Benutzung für Datenverbindungen deaktiviert. Damit würde Apple den Zeitraum, in dem eine Entsperrung möglich ist, drastisch verkürzen.

- **Comcast** fährt Disney bei der geplanten Übernahme von Geschäftsteilen des Medienriesen 21st Century Fox in die Parade. Der Kabelriese legte ein Angebot über 65 Mrd. Dollar vor und übertraf damit die Disney-Offerte um 20 %. 21st Century Fox hatte sich eigentlich schon mit Disney geeinigt, will das neue Angebot nun aber prüfen.
- **Amazon** hat Probleme mit chinesischen Onlinehändlern, die in Deutschland Steuern unterschlagen. Nach Medienrecherchen führten sog. Auskunftersuchen der Berliner Steuerfahndung dazu, dass Amazon mehr als 500 verdächtige Händler aus China von Marketplace ausschloss. Ihre Waren seien in „Quarantäne“ genommen worden.
- **Tesla-Chef Elon Musk** hat Millionen locker gemacht und seinen Anteil an Tesla weiter ausgebaut. In den vergangenen zwei Tagen hat der Milliardär insgesamt 72.500 Tesla-Aktien zu einem Gesamtpreis von knapp 25 Mio. Dollar gekauft, wie aus einer Mitteilung an die US-Börsenaufsicht SEC hervorgeht.
- **Ford** hat ein Ende eines Gemeinschaftsunternehmens mit Daimler zur Entwicklung von Brennstoffzellen angekündigt. Bis zum Sommer werde die Automotive Fuel Cell Cooperation Corp mit Sitz in British Columbia heruntergefahren, so das Unternehmen.
- Der Rückgang bei den Ethanolpreisen verhängelt der Südzucker-Tochter **Cropenergies** das Geschäft. Nach einem schwächeren Jahresauftakt zeigen sich die Mannheimer für das laufende Geschäftsjahr 2018/19 nun noch pessimistischer als bisher. Für 2018/19 wird nun mit Erlösen zwischen 810 bis 860 Mio. Euro gerechnet, nachdem der Konzern zuvor noch 840 bis 900 Mio. Euro in Aussicht gestellt hatte. Für das operative Ergebnis senkte Cropenergies sein Ziel auf 25 bis 55 Mio. Euro.
- **Renault-Chef Carlos Ghosn** tritt voraussichtlich noch vor Ablauf seiner Amtszeit zurück: „Sie können vermuten, dass ich vor 2022 aufhören werde, CEO von Renault zu sein“, sagte Ghosn in einem Interview der Financial Times.
- Die Staatsanwaltschaft Braunschweig hat **Volkswagen** in der Diesel-Affäre ein Bußgeld in Höhe von einer Milliarde Euro verordnet. Man habe die Geldbuße akzeptiert, teilte der Konzern mit. Es handele sich um eine der höchsten Geldstrafen, die jemals in Deutschland einem Unternehmen auferlegt worden seien, teilte die Strafverfolgungsbehörde mit. Die Ermittler sehen es demnach als erwiesen an, dass bei VW Aufsichtspflichten verletzt worden seien.
- Der Industriedienstleister **Bilfinger** hat sich von allen defizitären Randaktivitäten getrennt. „Wir hatten uns vorgenommen, uns von 13 Verlustbringern und fünf ertragreichen Firmen, die nicht mehr zu unserer neuen Strategie passten, zu trennen. Wir haben die 13 Verlustbringer inzwischen alle abgegeben, um den Cash-Abfluss abzustellen“, sagte Vorstandschef Tom Blades im Interview mit der „Börsen-Zeitung“.
- Der Modekonzern **Gerry Weber** hat seine Umsatz- und Ergebnisziele für dieses Jahr gesenkt. Die Erlöse sollen in einer Spanne zwischen 830 und 840 Mio. Euro liegen. Bislang war man von 870 bis 890 Mio. Euro ausgegangen. Beim operativen Ergebnis rechnet Gerry Weber im günstigsten Fall mit einer Null; aber auch ein Verlust von bis zu 10 Mio. Euro ist einkalkuliert. Bislang war man von einem Plus von 10 bis 20 Mio. Euro ausgegangen. Gleichzeitig kündigte Gerry Weber den Umbau seines Geschäftsmodells an. Trotz der schlechten Zahlen gibt sich das Unternehmen optimistisch. In den kommenden drei bis fünf Jahren rechne man mit deutlichen Umsatzsteigerungen.
- Der IT-Vermieter **Grenke** will mit einer Kapitalerhöhung um bis zu 200 Mio. Euro (4,3 Prozent des Grundkapitals) seine Expansion vorantreiben. Der Nettoerlös solle für das weitere Wachstum in den Kernmärkten und für die Internationalisierungsstrategie genutzt werden, teilte das SDAX-Unternehmen mit. Zudem solle die Eigenkapitalquote langfristig über 16 Prozent gehalten werden.
- Der kriselnde Triebwerkshersteller **Rolls-Royce** will bis Mitte 2020 weitere 4.600 Stellen streichen. Der Großteil der Streichungen entfällt auf Großbritannien. Ein Drittel der betroffenen Mitarbeiter soll noch im laufenden Jahr gehen. Rolls-Royce mit dem Schritt Einsparungen von 400 Mio. Pfund bis Ende des Jahrzehnts erreichen.

Konjunktur & Politik

- Die **Europäische Zentralbank (EZB)** hat ein Ende ihrer Anleihenkäufe im Dezember angekündigt. Ab Oktober wird die Notenbank das Volumen der monatlichen Käufe von derzeit 30 auf 15 Milliarden Euro halbieren. Das beschloss der EZB-Rat bei seiner auswärtigen Sitzung im lettischen Riga, wie die Notenbank mitteilte. Der Leitzins im Euroraum bleibt derweil auf dem Rekordtief von null Prozent. Zudem müssen Geschäftsbanken, die Geld bei der EZB parken, weiterhin 0,4 Prozent Strafzinsen zahlen. Das

Zinsniveau soll sich bis mindestens Sommer kommenden Jahres nicht ändern. **Laut EZB-Chef Mario Draghi** sprechen die Daten weiter für ein solides, breit aufgestelltes Wachstum, die wirtschaftliche Abschwächung fußt auf vorübergehende Faktoren. Protektionismus bleibe aber ein großes Risiko für Wirtschaftsentwicklung. Er wolle aber die Risiken nicht herunterspielen, die Schwächephase könnte länger dauern als prognostiziert, gleichwohl habe sich die unterliegende Stärke der Wirtschaft nicht geändert, so Draghi.

- **ifo-Präsident Clemens Fuest** lobte in einer ersten Reaktion das angekündigte Ende der Anleihekäufe durch die Europäische Zentralbank (EZB). Es sei sehr zu begrüßen, dass das Kaufprogramm der EZB beendet werde, so Fuest. „Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer Normalisierung der Geldpolitik. Durch die Käufe von Staatsanleihen wird die Notenbank immer mehr zum Gläubiger der Staaten. Das kann die Unabhängigkeit der Geldpolitik untergraben. Eine Rückkehr zu Normalität in der Geldpolitik ist auch deshalb wichtig, weil sonst in der nächsten Konjunkturkrise Handlungsspielräume fehlen. Ob im Sommer 2019 die Zinsen erhöht werden könnten, werde aber davon abhängen, ob der aktuelle Aufschwung weitergehe. „Das ist derzeit unklar.“
- Die **Europäische Zentralbank (EZB)** erwartet in 2018 und 2019 eine höhere Inflation als noch zuletzt. Demnach dürften die Verbraucherpreise im Euroraum in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 1,7 Prozent steigen. Das sind jeweils 0,3 Prozentpunkte mehr als bisher angenommen. Zugleich senkte die Notenbank die Wachstumserwartung für dieses Jahr um 0,3 Punkte auf 2,1 Prozent. Für 2019 und 2020 wurden die Wachstumsprognosen dagegen bei 1,9 Prozent und 1,7 Prozent belassen.
- Die **Lagerbestände in den USA** legten im April wie erwartet um 0,3 Prozent zum Vormonat zu, nachdem es im März zu keiner Veränderung gekommen war.
- In den USA ist in der Woche zum 9. Juni die Zahl der **Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe** auf saisonbereinigter Basis um 4.000 auf 218.000 Anträge gesunken, wie das US-Arbeitsministerium mitteilte.
- Die **Umsätze im US-Einzelhandel** haben im Mai um 0,8 Prozent zum Vormonat zugelegt, teilte das US-Handelsministerium mit. Volkswirte hatten nur einen Zuwachs um 0,4 Prozent erwartet.
- Die **Preise für in die USA importierte Waren** sind im Mai zum Vorjahresmonat um 4,3 Prozent gestiegen, wie das US-Handelsministerium mitteilte. Analysten hatten eine Rate von 3,9 Prozent erwartet.
- **US-Außenminister Mike Pompeo** ist zu Gesprächen in Peking eingetroffen. Er will die chinesische Führung über die Ergebnisse des Treffens zwischen Nordkoreas Kim Jong Un und US-Präsident Trump informieren.
- In **Frankreich** ist die **Inflationsrate** im Mai im Jahresvergleich um 2,3 Prozent gestiegen, teilte das Statistikamt Insee nach einer zweiten Schätzung mit. Das ist die höchste Inflationsrate seit August 2012
- Die italienische Regierung aus Lega und Fünf-Sterne-Bewegung sperrt sich gegen eine Ratifizierung des **EU-Handelsabkommens (Ceta) mit Kanada**. Das Land möchte den Vertrag nicht ratifizieren, da der Schutz von Produkten mit italienischer Herkunft unzureichend sei. Die Vereinbarung kann nur in Kraft treten, wenn alle 28 EU-Staaten zustimmen.
- Die **Industrieproduktion in China** hat im Mai im Vergleich zum Vorjahr um 6,8 Prozent zugelegt, wie das Nationale Statistikamt mitteilte. Es lag damit leicht unter den Erwartungen von Experten, die mit 6,9 Prozent gerechnet hatten. Im April hatte der Zuwachs noch bei sieben Prozent gelegen. Die Investitionen sind so langsam gewachsen wie seit 22 Jahren nicht mehr. Die **Anlageinvestitionen** konnten von Januar bis Mai im Vorjahresvergleich nur noch um 6,1 Prozent zulegen. Der **Einzelhandelsumsatz** stieg mit 8,5 Prozent so langsam wie seit 15 Jahren nicht mehr.
- Die **US-Notenbank** hat den Schlüsselzinssatz, zu dem sich Banken gegenseitig Geld leihen, um 0,25 Prozentpunkte auf eine Spanne von 1,75 bis 2,00 % angehoben. Am Finanzmarkt war fest mit der Anhebung gerechnet worden. „Die Entscheidung von heute ist ein Zeichen für den robusten Zustand der US-Wirtschaft“, sagte Fed-Chef Jerome Powell. Nach dem Zinsentscheid machte die Federal Reserve deutlich, dass im laufenden Jahr das Tempo der Zinserhöhungen erhöht werden könnte. Wie aus den neuen FOMC-Zinsprognosen hervorgeht, werden in diesem Jahr insgesamt vier Zinsanhebungen erwartet. Damit signalisieren die Währungshüter eine Zinserhöhung mehr als noch im März.
- Die **Verbraucherpreise in Deutschland** lagen im Mai um 2,2 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt in einer zweiten Schätzung mitteilte. Damit zog die Inflationsrate im Vergleich zu den vorangegangenen Monaten deutlich an. Eine Inflationsrate von 2,2 Prozent hatte es zuletzt im Februar 2017 gegeben. Im Vergleich zum Vormonat April stieg der Verbraucherpreisindex im Mai um 0,5 Prozent.

- Im Streit um die Asylpolitik hat **Bundeskanzlerin Angela Merkel** nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur dem **Innenminister Horst Seehofer** einen Kompromissvorschlag vorgelegt. Der Vorschlag sieht vor bilaterale Vereinbarungen mit besonders stark vom Migrationsdruck betroffenen Ländern zu schließen, um eine juristisch einwandfreie Rückweisung von Flüchtlingen an der deutschen Grenze zu ermöglichen, die bereits in anderen EU-Ländern einen Asylantrag gestellt haben. Eine endgültige Einigung im Streit gab es jedoch noch nicht.

Dividendenausschüttungen

- **HSBC** (€2,50 je Aktie)
- **Wüstenrot+Württembergische** (€0,65 je Aktie)
- **Grammer** (€1,25 je Aktie)
- **Krones** (€1,70 je Aktie)

Termine des Tages:

13:45 Uhr – EZB-Zinsentscheid
14:30 Uhr – EZB-Pressekonferenz
14:30 Uhr – US: Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe
Vorwoche
14:30 Uhr – US: Einzelhandelsumsatz Mai

Weitere Informationen zu den im Newsflash genannten Themen und noch mehr aktuelle Nachrichten finden Sie in Echtzeit auf [Guidants News](#). In Spitzenzeiten veröffentlicht Guidants News mehr als 100 Nachrichten pro Stunde. Damit Sie trotzdem den Überblick behalten, stehen Ihnen zahlreiche Filtermöglichkeiten zur Verfügung.

Risikohinweis & Haftungsausschluss gemäß § 16 und § 18 AGB BörseGo AG

§ 16 Haftung

16.1 Soweit Nutzer Inhalte in Diskussionsforen, sogenannten Streams, Chats oder Blogs einstellen und dort Ratschläge oder Anlagetipps erteilen, handelt es sich ausschließlich um von den betreffenden Nutzern verantwortete Inhalte. BörseGo stellt insofern lediglich das Medium technisch zur Verfügung und ist nicht für die Genauigkeit, Richtigkeit oder Verlässlichkeit dieser Inhalte verantwortlich. Insbesondere ist BörseGo nicht für Verluste oder Schäden haftbar, die dem Nutzer dadurch entstehen, dass dieser auf eine solche Information vertraut.

16.2 Resultieren Schäden des Nutzers aus dem Verlust von Daten, so haftet BörseGo hierfür unabhängig vom einer etwaigen Beteiligung nicht, soweit die Schäden durch eine zweckgemäße, regelmäßige und vollständige Sicherung aller relevanten Daten durch den Nutzer vermieden worden wären.

16.3 Im Übrigen haften BörseGo, ihre gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen nur bei Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten), das heißt solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf, und deren Verletzung auf der anderen Seite die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet. BörseGo haftet weiterhin für Schäden, die aus dem Fehlen zugesicherter Eigenschaften beruhen, sowie für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung von BörseGo, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.

16.4 Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (vgl. Ziff. 16.3) haftet BörseGo nur auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden, wenn dieser einfach fahrlässig verursacht wurde, es sei denn, es handelt sich um Schadensersatzansprüche des Kunden aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

16.5 Weitergehende Ansprüche des Nutzers auf Schadensersatz sind ausgeschlossen. Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.

§ 18 Risikohinweis

Die Informationen und Services auf den Webseiten von BörseGo wenden sich an registrierte sowie nichtregistrierte Nutzer. Die Angebote, die der Nutzer auf den Webseiten von BörseGo findet, richten sich jedoch ausdrücklich nicht an Personen in Ländern, die das Vorhalten bzw. den Aufruf der darin eingestellten Inhalte untersagen, insbesondere nicht an US-Personen im Sinne der Regulation S des US Securities Act von 1933 sowie Internet-Nutzer in Großbritannien, Nordirland, Kanada und Japan. Jeder Nutzer ist selbst verantwortlich, sich über etwaige Beschränkungen vor Aufruf der Internetseiten zu informieren und diese einzuhalten.

Insbesondere weist BörseGo hierbei auf die bei Geschäften mit Optionsscheinen, Derivaten und derivativen Finanzinstrumenten besonders hohen Risiken hin. Der Handel mit Optionsscheinen bzw. Derivaten ist ein Finanztermingeschäft. Den erheblichen Chancen stehen entsprechende Risiken gegenüber, die nicht nur einen Totalverlust des eingesetzten Kapitals, sondern darüber hinausgehende Verluste nach sich ziehen können. Aus diesem Grund setzt diese Art von Geschäften vertiefte Kenntnisse im Bezug auf diese Finanzprodukte, die Wertpapiermärkte, Wertpapierhandelstechniken und -strategien voraus.

Soweit BörseGo Börsen- oder Wirtschaftsinformationen, Kurse, Indizes, Preise, Nachrichten, Marktdaten sowie sonstige allgemeine Marktinformationen auf ihren Webseiten bereitstellt, dienen diese nur zur Information und zur Unterstützung Ihrer selbstständigen Anlageentscheidung. Auch wenn BörseGo alle eingebundenen Informationen sorgsam überprüft, erhebt BörseGo keinen Anspruch auf inhaltliche Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität. Es obliegt dem Nutzer selbst, die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität dieser Daten zu überprüfen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht ausschließlich, Kursdaten von Drittquellen. Die genannten Informationen stellen keine Aufforderung zum Kaufen, Halten oder Verkaufen von Wertpapieren und derivativen Finanzprodukten dar und begründen kein individuelles Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Sie sind keine Rechts-, Steuer- oder sonstige Beratung und können eine solche auch nicht ersetzen.

Bevor der Nutzer Investmententscheidungen trifft, sollte er sich sorgfältig über die Chancen und Risiken des Investments informiert haben. Aus einer positiven Wertentwicklung eines Finanzprodukts in der Vergangenheit kann keinesfalls auf zukünftige Erträge geschlossen werden. BörseGo übernimmt keine Haftung für die erteilten Informationen, die aus von BörseGo als vertrauenswürdig erachtet wurden, für bereitgestellte Handelsanregungen sowie für deren Vollständigkeit.

Leser sowie Teilnehmer an multimedialen Veranstaltungen wie Webinare, Online-Seminare, Seminare oder Vortragsveranstaltungen, die aufgrund der veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen bzw. Transaktionen durchführen, handeln in vollem Umfang auf eigene Gefahr und auf eigenes Risiko.

BörseGo übernimmt keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Eine Haftung von BörseGo für die Inhalte derartiger Internetseiten ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Stand: Oktober 2016

Das Dokument mit Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen sowie das Darstellen auf einer Website liegen, auch nur bei auszugsweiser Verwertung, bei der BörseGo AG. Alle Rechte vorbehalten.

www.boerse-go.ag © BörseGo AG

Aktiengesellschaft mit Sitz in München – Registergericht: Amtsgericht München – Register-Nr: HRB 169607 – Vorstand: Robert Abend, Christian Ehmig, Johannes Pfeuffer, Thomas Waibel – Aufsichtsratsvorsitzender: Theodor Petersen – Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27a UStG: DE207240211

München, 2019